Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 257 (1984)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 31. Mai 1982 bis 15. Mai 1983)

Dem Blick auf die Berichtsperiode zeigen sich weltweit immer noch sehr einschneidende *Rezessionserscheinungen* in fast allen wichtigen Welthandelsländern sowie eine erdrückende Schuldenlast in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Schuldenpyramiden sind dort in den letzten Jahren immer mehr aufgestockt worden, was im vergangenen Jahr nun an den Rand einer eigentlichen Katastrophe geführt hat. In der Vergangenheit war es wegen der rasch zu unerhörtem Reichtum gelangten Ölproduzentenländer zu enormen Liquiditätsüberhängen gekommen, die vielfach durch eine allzu bereitwillige Hingabe von gigantischen Darlehen an bereits tief verschuldete Länder abgebaut worden sind. Die Leichtigkeit, langfristige Darlehen zu vertretbaren Bedingungen zu finden, verführte anderseits viele Schuldner zu überdimensionierten Investitionsvorhaben, zu einer unbesonnenen Finanzpolitik und zur Tolerierung von horrenden Inflationsraten. Ein immer grösserer Teil der Devisenerlöse aus den eigenen Exporten ist in diesen Ländern von der steigenden Zinsenlast absorbiert worden.

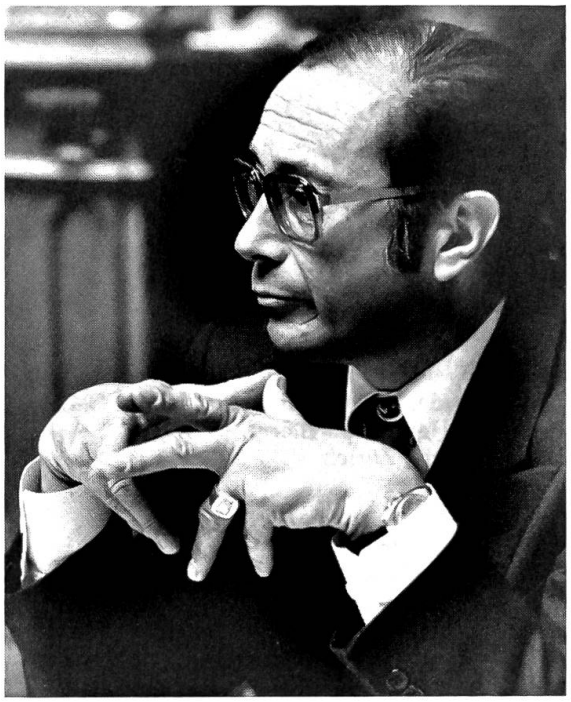
Laut einer Statistik des Internationalen Währungsfonds haben sich so die armen und ärmsten Länder der Welt in den letzten Jahren einen *Schuldenberg* von annähernd 1,5 Billionen Franken aufgeladen. Davon entfällt etwas weniger als die Hälfte auf lateinamerikanische Staaten, allen voran auf Mexiko, Brasilien und Argentinien. Zu den grössten Schuldenmachern gehören aber auch Venezuela, Südkorea und Polen sowie – mit einem gewissen Abstand – die Philippinen, Indonesien und die DDR. Die Stunde der Wahrheit wurde schliesslich eingeläutet, als die erwarteten Exporterlöse im Zeichen der stagnierenden Weltwirtschaft drastisch zurückgingen; im Falle von Mexiko waren es namentlich die stark rückläufigen Ölpreise, welche den Kollaps der Zahlungsbilanz, der Devisenreserven und der nationalen Währung bewirkten.

Es war, mit einem Wort, das Jahr des Pleitegeiers. Dieser konnte vorderhand und auf Zusehen hin zwar gerade noch verscheucht werden durch umfassende *Umschuldungsoperationen* mit einem in der Regel für die Gläubiger nachteiligen Zahlungsaufschub. Zur Überbrückung der akuten Finanz- und Devisennot mussten neue Kredite – allerdings mit strengen Auflagen hinsichtlich der zu befolgenden Wirtschaftspolitik – auf laufende Rechnung zugeschossen werden. Eine Katastrophe weltwirtschaftlichen Ausmasses, die via eine Kette von Bankzusammenbrüchen unweigerlich auch auf die industrialisierten Länder übergegriffen hätte, konnte gerade noch vermieden werden! Der Ausblick auf die Zukunft eröffnet allerdings keine erfreulichen Perspektiven, weil die wirtschaftliche Desillusionierung in den betroffenen Schuldnerländern auf Grund der nun notwendig gewordenen Einschränkungen nach und nach zu sozialen Spannungen und politischen Unruhen führen könnte. Ausbrüche dieser Art würden den Erfolg der Sanierungsmassnahmen von innen her bedrohen.

Was die Industrieländer anbelangt, so ist noch nirgends die Rezession wirklich überwunden. Die einschlägigen Zahlen der Statistik geben – ausser in den Vereinigten Staaten – keinerlei verlässliche Anzeichen einer Wende zum Bessern zu erkennen. Die negativen Indikatoren sind allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während die *Industrieproduktion* in Australien auf ein Jahr zurück um 17% und in Italien um 9½% zurückgegangen ist, mit einer Zunahme der Jahresteuerung um 11½ bzw. 16%, liegen diese Zahlen in der Bundesrepublik bei −6½% und +4%, in den Vereinigten Staaten bei +3% und +4½%, in Frankreich bei +1% und +10%, in Grossbritannien bei +3% und +4½%. Im allgemeinen stagniert die Produktion, oder sie ist immer noch leicht rückläufig. Im grossen und ganzen ist es jedoch gelungen, die *Inflation* erfolgreich zu dämpfen. Die energische Bekämpfung hoher Inflationsraten und

prohibitiver Zinssätze ist namentlich in Grossbritannien und in den USA erstaunlich gut gelungen: Im ersteren Land von einem Rekordstand von weit über 20% pro Jahr bis auf unter 5%, in den USA von einer Spitze von rund 15% auf rund 3½%! In Japan und in den Niederlanden steht die Inflationsrate mittlerweile bei etwa 2½%.

Es zeigt sich allerdings hinsichtlich der *Arbeitslosenzahlen* ein sehr viel weniger tröstliches Bild. Eine Arbeitslosenrate von über 10% wird in Holland (13,1%), in Grossbritannien (11,5%), in Kanada (12,6%), in Italien (12,2%) und in den USA (10,3%) ausgewiesen, während diese auch in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland mit 8,9% bzw. 7,3% bedenklich geblieben ist. Aussicht auf eine rasche Normalisierung ist vorderhand noch keine vorhanden.



Pierre Aubert
Bundespräsident für das Jahr 1983
Photo Hansueli Trachsel, Bern

Die *Länder des Ostblocks,* wo man sich gerne etwas darauf einbildet, die zentrale Planwirtschaft sei gegen Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit gefeit, werden übrigens von entsprechend krisenhaften Symptomen heimgesucht. Diese geben sich nur – mit Ausnahme Polens – dem einzelnen sehr viel weniger deutlich zu erkennen. Aber eine beredte Sprache reden die dort ebenfalls überbordenden *Aussenschulden* der meisten Satellitenländer sowie das *kärgliche Wirtschaftswachstum.* In der UdSSR wurden einmal mehr die Planziele bei weitem verfehlt, was zu beträchtlichen Umstellungen in Produktion und zu Einschränkungen in der Verteilung zwingt. Die *Versorgungslage* ist in fast allen Staatshandelsländern gegenüber dem Vorjahr eher schlechter geworden, wobei mit amtlichen Preismanipulationen auf eine Verminderung der Nachfrage nach begehrten, knappen Gütern eingewirkt wird. Die Korruption, die Mittelverschwendung auf allen Stufen, der Schlendrian in auch wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten sind offenbar noch weiter ins Kraut geschossen als zuvor. In Polen ist die Versorgungslage nach wie vor miserabel geblieben, obschon sich hier die Produktivität vom absoluten Tiefpunkt anscheinend zu erholen beginnt und beispielsweise die stark darniederliegende Kohleproduktion nun wieder im Anstieg begriffen ist.

* * *

Die politische Szenerie im Berichtsjahr war unter anderem wiederum durch eine Anzahl von *Kriegshandlungen* gekennzeichnet.

Der Widerstand gegen die sowjetische Besetzung von *Afghanistan* ist nicht zusammengebrochen sondern geht unvermindert weiter, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Die sowjetischen Truppen in Afghanistan sind inzwischen auf gegen 110000 Mann erhöht worden. Auch der Krieg zwischen *Irak und Iran* ging mit unverminderter Härte weiter, zuerst als Stellungskrieg, dann in der Form einer Serie iranischer Offensiven, die unter sehr grossen Opfern vorangetragen wurden. Unter anderem war die irakische Hafenstadt Basra Operationsziel der Perser. Aber abgesehen von einem beschränkten Geländegewinn jenseits der Grenze vermochte keiner dieser mit grossem Einsatz ins Werk gesetzten iranischen Angriffe irgendwo grössere Erfolge zu buchen. Die irakische Verteidigung erwies sich

Libanon und der Nahe Osten kommen nicht zur Ruhe
Israelische Panzer in einer Gefechtspause an der Sektorengrenze zwischen Ost und West in der umkämpften Hauptstadt Beirut.
Weltwoche-Bildarchiv, Zürich

auf dem eigenen Territorium als ungleich wirksamer als vorher im besetzten, iranischen Gebiet. Von grösseren Konsequenzen waren konzentrisch gegen iranische Ölquellen im Persischen Golf geführte irakische Luftangriffe, die zur Entfachung von Bohrstellenbränden und zur Ausströmung riesiger Mengen von Erdöl ins Meer führten. Der sich durch den ausgedehnten Ölteppich an der Meeresoberfläche abzeichnende Umweltschaden droht letzten Endes die arabischen Anrainerstaaten des Persischen Golfes mehr in Mitleidenschaft zu ziehen als den Kriegsgegner Iran. Alle Versuche, zum Zwecke der Abblokkung des Ölaustritts einen Waffenstillstand zwischen den beiden Kriegsparteien herbeizuführen, schlugen fehl, so dass die Katastrophe unaufhaltsam ihren verhängnisvollen Weg fortzuschreiten scheint. Diese Nebenfolge des irakisch-iranischen Krieges könnte viel schlimmere, vor allem aber dauerhaftere Folgen haben als die Zerstörungen, welche die Kriegshandlungen auf dem festen Land bewirkt haben.

Zu einem voll ausgewachsenen Krieg ist es am 6. Juni im *Libanon* gekommen. Israel nahm einen Bombenanschlag auf den israelischen Botschafter in London zum Anlass oder Vorwand, militärisch in einem raschen Stoss nach Norden vorzustossen, um die dort vorhandenen Basen der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu eliminieren. Von diesen Stützpunkten aus hatte die PLO immer wieder Kommandoaktionen ins israelische Gebiet unternommen und Galiläa, den nördlichen Teil von Israel, sporadisch beschossen. Dabei sind vielfach auch Zivilpersonen getötet worden. Der Plan, gelegentlich diesen Störaktionen durch eine gross angelegte militärische Operation ein Ende zu bereiten, scheint schon lange vorhanden gewesen zu sein. Der wuchtige Stoss kam schliesslich nach der Einnahme der Städte Tyros und Sidon vor den Toren von Beirut zum Stillstand. Der westliche Teil von Beirut, in welchem sich die PLO inmitten der Zivilbevölkerung verschanzt hatte, wurde belagert und beschossen, die syrischen Flab-Raketen-Stellungen im Bekaa-Tal von der Luft aus zerstört. Es gelang schliesslich dem amerikanischen Sonderbotschafter Philip Habib, die PLO-Kräfte im belagerten Beirut mit Zusicherung eines Waffenstillstands und einer internationalen Sicherheitstruppe zur Aufgabe zu bewegen. Die Palästinenser erhielten freien Abzug in die Länder ihrer Wahl gewährt.

Wenn von Kriegshandlungen die Rede ist, dürfen die *Falkland-Inseln* nicht unerwähnt bleiben. Zu Beginn der Berichtsperiode war die britische Rückeroberung des von argentinischen Armeekräften in einer Nacht-und-Ne-

bel-Aktion besetzten Archipels im Südatlantik bereits militärisch entschieden. Die Argentinier kapitulierten am 15. Juni in Port Stanley, wo dieses so unwahrscheinliche historische Drama am 2. April 1982 auch seinen Anfang genommen hatte. Einige Tage nach der Kapitulation wurde in Buenos Aires General Galtieri, der als amtierender Präsident die Hauptverantwortung für den argentinischen Überfall auf die britischen Falkland-Inseln zu tragen hat, gestürzt. Seither sind die Beziehungen zwischen London und Buenos Aires auf dem Weg der Normalisierung. Die argentinischen Gefangenen sind heimgeführt worden. Wegen der immerhin grossen Verluste an Menschenleben im Kriegsverlauf ist allerdings beidseits ein Stachel zurückgeblieben. Die kostspielige Selbstbehauptung Grossbritanniens auf einer verlassenen Inselgruppe am anderen Ende der Welt hat insofern eine günstige Langzeitwirkung, als andere, manifest expansionsbegierige Regierungen in verschiedenen Teilen der Welt es sich nun zweimal überlegen werden, bevor sie sich auf ein ähnliches Abenteuer einlassen.

* * *

Das Verhältnis zwischen *West und Ost* ist sehr gespannt geblieben. Die Nato ist nach wie vor fest entschlossen, die wegen des in der Aera Breschnews erzielten Vorsprungs der Sowjet-Union im Rüstungsstand beabsichtigte *Nachrüstung* voll durchzuziehen. Durch die Installierung von amerikanischen Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen in Europa sollen die im westlichen Teil der UdSSR aufgestellten SS-20-Raketen, welche, je mit mehreren Sprengköpfen versehen, fast alle europäischen Städte und Industriezentren erreichen können, kompensiert werden. Es soll dadurch das «Gleichgewicht des Schreckens» als Garant des Friedens wieder hergestellt werden. Die USA machten für ihr eigenes Konto entsprechend grosse Rüstungsanstrengungen; so sind im August 1982 durch den amerikanischen Kongress Rekordausgaben für den Verteidigungsetat in der Höhe von 178 Milliarden Dollar gebilligt worden! Dieses Budget umfasst auch eine neue Interkontinentalrakete des Typs MX, von welcher Präsident Reagan in Amerika 91 Stück aufstellen lassen will.

Eine nachgewiesenermassen vom sowjetischen Geheimdienst massiv unterstützte *Friedensbewegung* im Westen, die die öffentliche Meinung gegen die Verstärkung der Abwehr, insbesondere aber gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent beeinflussen soll,

Der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew gestorben
Unser Bild zeigt den pompösen Trauerzug auf dem Roten Platz in Moskau. Zum Nachfolger Breschnews wurde Juri Andropow ernannt.
Weltwoche-Bildarchiv, Zürich

Machtwechsel in Bonn
Nachdem im September 1982 die sozialliberale Koalition in Bonn auseinandergebrochen war, wurde am 1. Oktober CDU-Chef Helmut Kohl (rechts) zum neuen Bundeskanzler als Nachfolger von Helmut Schmidt gewählt. Die Wahlen vom 6. März 1983 bestätigten Kohl als neuen Regierungschef in der Bundesrepublik Deutschland.
Weltwoche-Bildarchiv, Zürich

vermochte nur beschränkten politischen Erfolg zu erringen. Der unablässige Druck von der Strasse machte aber immerhin einigen Regierungen zu schaffen.

Erwähnenswert im Zusammenhang mit der Nato ist, dass es intern zu grösseren Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, die eine ungewöhnliche Belastungsprobe des Vertrauens zwischen den USA und einigen der kontinentaleuropäischen Verbündeten darstellten. Anderseits umfasst die Nato seit dem 1. Juni 1982 nunmehr offiziell auch Spanien als Mitglied. Die Aufnahme Spaniens bewirkt zwar in der Gegenwart keinerlei ins Gewicht fallende militärische Stärkung der Nato; aber es wird dadurch immerhin eine strategisch vorteilhafte Ausdehnung ihres Operationsgebiets in die Tiefe sowohl zu Lande wie zu Wasser geschaffen. Freilich unterhielten die USA bereits seit vielen Jahren in Spanien einige vertraglich auf bilateraler Grundlage zugestandene Luft- und Marinebasen.

Nach der Darstellung der im Vordergrund des internationalen Geschehens stehenden Thematik wenden wir unseren Blick auf einzelne Länder mit politischen Ereignissen von grösserer Bedeutung.

In der *Bundesrepublik Deutschland* sind am 17. September die der FDP angehörenden Minister in der Regierung Schmidt zurückgetreten. Damit ist die Koalition der SPD mit der FDP, nachdem schon während längerer Zeit die Vertrauensfrage zwischen den Partnern in der Luft gelegen hatte, gesprengt worden. Die FDP vollführte hierauf einen Koalitionswechsel. Dadurch ist Schmidt im Bundestag in die Minderheit versetzt worden. Die neue Partnerschaft der FDP mit der bisher in der Opposition stehenden CDU/CSU erbrachte eine neue, regierungsfähige Mehrheit. Am 1. Oktober wurde Helmut Kohl an der Stelle von Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler gewählt. Hierauf fanden am 6. März Neuwahlen statt, in welchen die CDU/CSU 48,8% der Stimmen (vorher 44,5%) und 244 Sitze (226) im Bundestag gewann, während die SPD mit 38,2% der Stimmen (42,9%) und 193 Sitzen (218), die FDP mit 6,9% der Stimmen (10,6%) und 34 Sitzen (53) vorlieb nehmen mussten. Zur allgemeinen Überraschung zogen mit einem Stimmenanteil von 5,6% (1,5%) die «Grünen» nunmehr als politische Partei mit 27 Sitzen neu in den Bundestag ein. Die Mehrheitsverhältnisse sind aber so ausgefallen, dass die «Grünen» nicht den Ausschlag geben können.

In *Frankreich* fanden im Frühjahr 1983 in zwei aufeinanderfolgenden Runden Wahlen der Gemeinde- und Stadträte statt. Diese ergaben einen deutlichen Rückschlag für die Sozialisten, vor allem aber für die in der Regierung Mauroy mitwirkenden Kommunisten. In 30 Städten des Landes ist die Linke durch bür-

gerliche Mehrheiten abgelöst worden. Die Partei von Chirac erzielte in Paris einen eindrucksvollen Erfolg; die Kommunisten erlitten in St-Etienne eine besonders empfindliche Schlappe. Die Schwächung der Linken ist darauf zurückzuführen, dass die überrissenen Wahlversprechen Mitterrands sich entweder nicht verwirklichen liessen oder aber negative ökonomische Konsequenzen zeigten. Mitterrand hatte sich genötigt gesehen, in zunehmend ungünstiger Konjunkturlage ein sozialistisches Programm durchzuziehen, das allzu kostspielig ist und die Staatsfinanzen laufend über Gebühr belastet. Dank rasch zunehmender Defizite wurde eine Lawine von Schulden aufgebürdet, was, zusammen mit akkumulierten Aussenhandelsdefiziten, auch die Währung unter starken Druck geraten liess. Mehrere Abwertungen des französischen Frankens waren die Folge; ebenso eine wieder stärkere Teuerung.

Am 30. November ist in *Italien,* nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Spadolini, ein Republikaner, wieder eine Regierung Mitte-Links gebildet worden. Amintore Fanfani (Christdemokrat), der bereits anfangs der sechziger Jahre in dieser Funktion hervorgetreten war, wurde zum neuen Ministerpräsidenten nominiert. Nachdem im Frühjahr 1983 nun aber die Sozialisten aus der Regierung Fanfani ausgetreten sind, werden in Italien wieder Neuwahlen fällig. Der Kampf gegen den Terrorismus hatte weitere Erfolge zu verzeichnen; eine grosse Zahl von aktiven Mitgliedern der verschiedenen Terror-Banden ist durch die Polizei verhaftet worden, und es erfolgten viele Aburteilungen durch die Gerichte. Die Indizien haben sich verdichtet, dass zwischen dem Terrorismus in Italien und dem bulgarischen Geheimdienst enge Verbindungen herrschten. Insbesondere wurden Querverbindungen des Papstattentäters, die über Sofia zum sowjetischen Geheimdienst KGB reichen, festgestellt.

* * *

Ein nicht ganz unerwartetes Ereignis in der *Sowjetunion* war der Tod von Parteichef und Staatspräsident Leonid Breschnew am 10. November. Im Gegensatz zu früheren Machtwechseln in Moskau kam es diesmal nicht zu spektakulären Kämpfen um die Nachfolge. Zum neuen Generalsekretär der KP der Sowjetunion ist am 12. November der frühere oberste Chef des Geheimdienstes KGB, Juri Andropow, gewählt worden. Andropow war erst

Der Bundesrat in neuer Zusammensetzung
Die neuen Bundesräte Alphons Egli (ganz links) und Rudolf Friedrich (ganz rechts) ersetzen die zurückgetretenen Bundesräte Hürlimann und Honegger.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

im Mai 1982 an der Stelle des verstorbenen Parteiideologen Suslow zum zweiten Mann im Politbüro aufgestiegen. Der neue Machthaber im Kreml operierte vorsichtig, setzte aber immerhin Leute eigener Patronage in wichtige Positionen, um sich gegen mögliche Rivalen abzusichern. Die Ämterkumulation in der Person von Breschnew hat Andropow wenigstens vorläufig nicht «geerbt»; bezeichnenderweise sind einige der hohen Chargen Breschnews noch vakant geblieben. In der Innenpolitik versuchte es Andropow mit Moralpredigten und Massnahmen gegen die bekannten, schlimmen Übelstände in Bürokratie und Staatswirtschaft.

In der Aussenpolitik ist eine gewisse Entkrampfung festzustellen, die aber noch keinen sicheren Schluss über die künftige Haltung der UdSSR auf der Weltbühne und insbesondere in ihrem Verhältnis zur anderen Supermacht zulässt.

Die Lage in *Polen* ist trotz Aufhebung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski im Dezember alles andere als «normalisiert» und offenbar ein ständiger Gegenstand von Sorge und Verdacht im Kreml; dies vor allem, weil ein Überspringen des Funkens der Rebellion auf andere Satellitenstaaten, eventuell sogar auf die westlichen Republiken der Sowjetunion befürchtet wird. Das Verbot von Solidarnosc hat die freie Gewerkschaft lediglich in den Untergrund getrieben. Die Bereitwilligkeit zu Demonstrationen in Polen ist nicht gebrochen; sie manifestiert sich nur vorsichtiger.

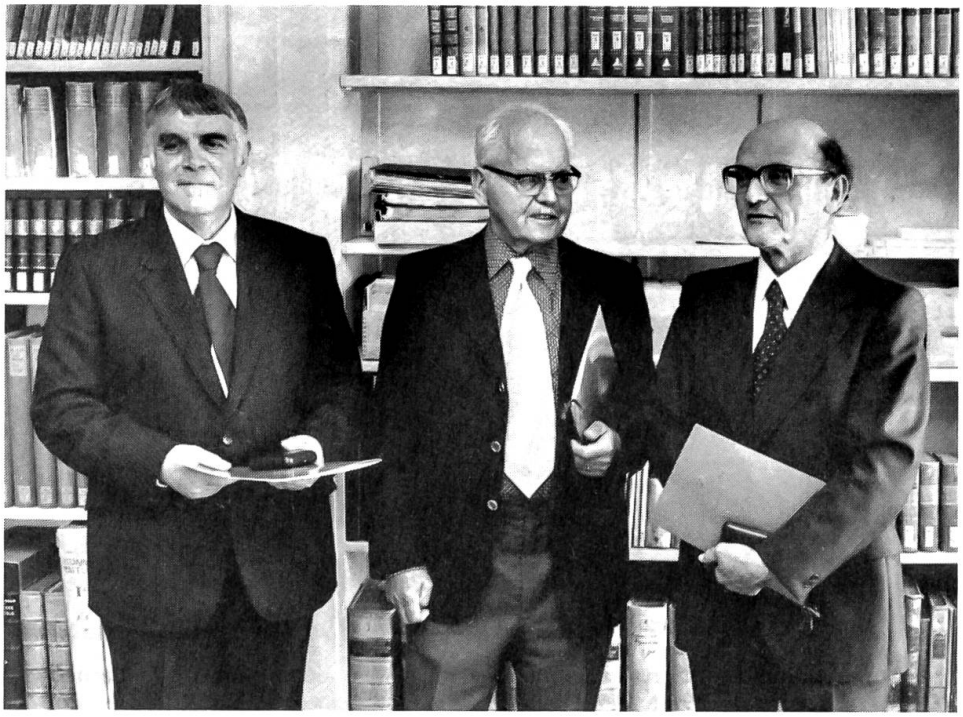
Die Aussenpolitik der *USA* auf der anderen Seite macht keinerlei Anstalten, von der unter Reagan bezogenen harten Haltung gegen die sowjetischen Expansions- und Vorherrschaftspläne auch nur um ein Jota abzugehen. Die Restauration des militärisch-strategischen «Patt» macht rasche Fortschritte, wobei auch die grössten Belastungen des Budgets nicht gescheut werden. Die Militärausgaben der USA erreichten in der Berichtsperiode einen Rekord. Die Bereitschaft, mit der Sowjetunion zu einer ausgewogenen Rüstungsbeschränkung zu kommen, ist zwar unter Reagan nicht geschwunden; aber die bedrohliche Übermacht der Sowjetunion soll um jeden Preis gekontert werden, und allfällige Rüstungsbeschränkungen sollen prinzipiell kontrollierbar sein.

Neues zentrales Armeeverpflegungsmagazin
Dieser imposante Neubau entstand in Brenzikofen bei Thun und verfügt über eine Lagerkapazität von 14035 Paletten.
Photo Fritz Lörtscher, Bern

* * *

In der *Schweiz* hatte der Souverän an drei Abstimmungsterminen über insgesamt fünf Vorlagen zu befinden. Am 6. Juni ist ein neues Ausländergesetz mit einem der knappsten Resultate

an der Urne verworfen worden, das es je in der Schweiz gegeben hat; die verwerfende Mehrheit betrug weniger als 10000 Stimmen. Anderseits ist aber gleichentags der Revision des Strafgesetzbuches, das im Bereich der Gewaltverbrechen teils eine Verschärfung, teils aber auch neue Tatbestände brachte, sehr deutlich zugestimmt worden. Am 28. November kam es zur überraschenden Annahme einer von drei Konsumentinnenorganisationen eingereichten Volksinitiative über die Einführung einer permanenten Preisüberwachung in jenem Bereich der Wirtschaft, wo der Wettbewerb wegen Kartellen oder marktmächtigen Unternehmen nicht richtig zum Spielen kommt. Ein Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte, welcher die bisher dem Notrecht vorbehaltene Einsetzung einer temporären Preisüberwachung als konjunkturpolitisches Instrument in ordentliches Verfassungsrecht überführen wollte, hatte das Nachsehen. Es ist seit mehr als einem halben Jahrhundert in der Schweiz nie mehr vorgekommen, dass eine Volksinitiative einem Gegenvorschlag des Parlaments gegenüber obsiegt hat; und dies, obschon nach der geltenden Regelung in der Abstimmung die Einlegung von zwei Nein-Stimmen in dieser alternativen Gegenüberstellung gültig, die Einlegung von zwei «Ja» aber ungültig ist.



Mit der Burgermedaille ausgezeichnet
Die Burgermedaille wurde auf Beschluss des Burgerrates der Stadt Bern geschaffen, um mit ihrer Verleihung besondere Verdienste um Bern, vorwiegend auf kulturellem Gebiet, zu würdigen. 1982 wurden ausgezeichnet: *Hans Schmocker,* Adjunkt des Staatsarchivs und Schlossverwalter von Spiez (links), Kunstmaler *Werner Schmutz* (Mitte) und der Schriftsteller und Radiomitarbeiter *Hans Rudolf Hubler.*
Photo Hansueli Trachsel, Bern

Am 27. Februar hatte der Souverän sich zu einer Verfassungsvorlage auszusprechen, welche dem Bund neu eine kleine Anzahl von Kompetenzen in der Energiepolitik zugestanden hätte (Energieartikel). Das Volksmehr wurde zwar erreicht, aber das Ständemehr knapp verfehlt, so dass der Energieartikel nicht zustandegekommen ist. Es bleibt also weiterhin der kantonalen Gesetzgebung überlassen, in der Schweiz energiepolitische Massnahmen durchzusetzen; der Bund kann sich nur im Hintergrund mit Ermahnungen und Empfehlungen oder allenfalls mit Mustergesetzen zu Handen der Kantone beteiligen. Beim gleichen Urnengang ist hingegen die Treibstoffzoll-Vorlage, bei welcher es namentlich um die Beibehaltung oder Streichung der zur Finanzierung des Autobahnbaus auf beschränkte Zeit eingeführten Zuschläge auf dem ordentlichen Treibstoffzoll ging, angenommen worden. Die Stimmbürger haben damit bewusst auf eine mögliche Reduktion des Benzinpreises an den Zapfsäulen verzichtet.

* * *

Die neugewählten Bundesräte Rudolf Friedrich (links) und Alphons Egli werden vor der Vereinigten Bundesversammlung vereidigt.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

In die Dezembersession der Räte fiel wie üblich die Wahl der Ratspräsidenten und der Vizepräsidenten, diesmal aber auch die Neuwahl von zwei Bundesräten, weil im August Bundesrat Fritz Honegger und Bundesrat Hans Hürlimann auf Jahresende ihre Demission eingereicht hatten. Im Nationalrat stieg der bisherige Vizepräsident, Franz Eng (FDP, Solothurn), mit einer ehrenvollen Wahl zum neuen Nationalratspräsidenten auf, während im Ständerat Walter Weber (SP), ebenfalls ein Solothurner, zum neuen Ratspräsidenten erkoren wurde.

Indessen galt das Hauptinteresse unter der Bundeshauskuppel nicht diesen «Routinewahlen» sondern vielmehr den beiden Ersatzwahlen am 8. Dezember in den Bundesrat. In den beiden für die Ausfüllung der Vakanzen «berechtigten» Fraktionen (CVP und FDP) hatte die interne Ausmarchung als offizielle Kandidaten den Luzerner Ständerat Alphons Egli und den Zürcher Nationalrat Rudolf Friedrich gegen mehrere Konkurrenten obenauf schwingen lassen. Es war aber nicht völlig sicher, dass die beiden je dem rechten Flügel ihrer Parteien zugerechneten offiziellen Kandidaten auch wirklich das Rennen machen würden. Die SP-Fraktion hatte Stimmfreigabe beschlossen, und in den Fraktionen unterlegene Rivalen musterten immer noch ihre Unterstützung im Parlament. Indessen nahm der Kandidat der CVP, Egli, die Hürde der Wahl im ersten Anlauf mit 125 Stimmen gegenüber Ständerat Julius Binder (Aargau) mit 60 Stimmen und CVP-Parteipräsident alt Nationalrat Hans Wyer (Wallis) mit 31 Stimmen anstandslos. Auch der Kandidat der FDP, Friedrich, erreichte schon im ersten Wahlgang mit 130 Stimmen das absolute Mehr; Jean-Pierre Bonny (Bern), Direktor des Biga, sowie Ständerat Luigi Generali (Tessin) und Nationalrat Paul Wyss (Basel) brachten es bloss auf 47, 36 bzw. 15 Stimmen. Bei der nachfolgenden Departementsverteilung kam es zu einer kleinen Rochade, indem Bundesrat Furgler ins EVD hinüberwechselte. Das führte dazu, dass Bundesrat Friedrich an Furglers Stelle ins Justiz- und Polizeidepartement gelangte. Bundesrat Egli übernahm das EDI und wurde damit auch im Departement Nachfolger Hürlimanns.

* * *

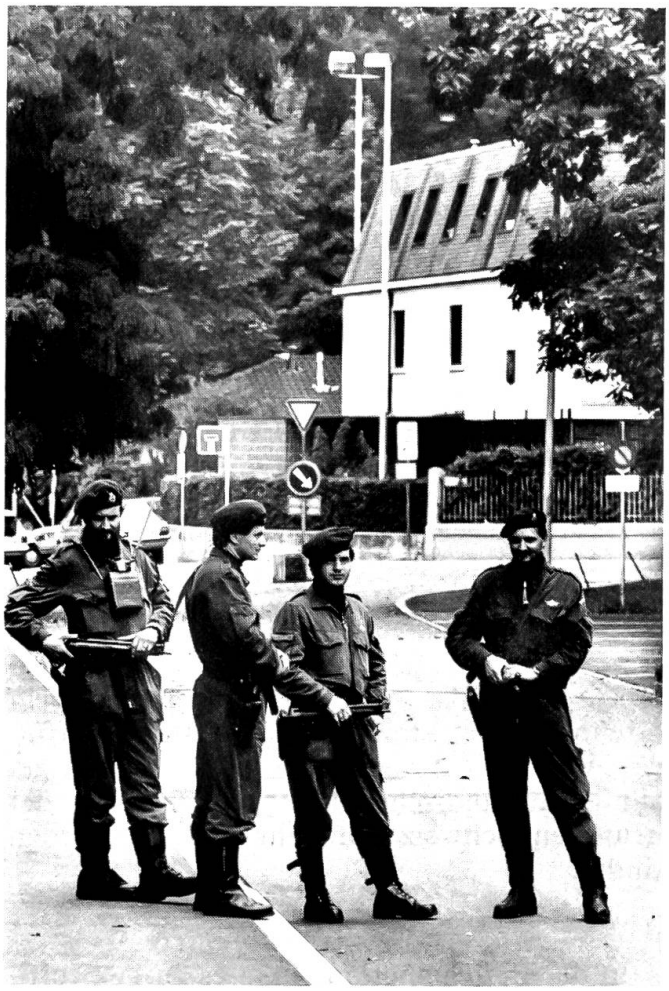
Das ganze Jahr hindurch gaben auch diesmal die Bundesfinanzen viel Gesprächsstoff ab. Einerseits traf die Finanzplanung mit dem Versuch, die Defizite im Bundeshaushalt bis in einigen Jahren auszumerzen, auf neue Schwierigkeiten. Die Gegebenheiten und Prognosen ändern sich auf Grund immer wieder wech-

selnder Voraussetzungen ständig – sei es, dass mit Mindereinnahmen zu rechnen ist, sei es, dass Mehrausgaben zu erwarten sind, die den Sanierungsabsichten zu quer kommen. Allerdings gibt es im Bereich der Bundesfinanzen mitunter auch Erfreuliches zu berichten: So hat die Bundesrechnung 1982 wiederum – wie im Jahr zuvor diejenige für 1981 – überraschend viel günstiger abgeschlossen, als auf Grund der Budgetvorgaben zu erwarten gewesen ist. Die Fiskaleinnahmen weisen einmal mehr eine satte Milliarde mehr auf, als budgetiert worden war! Das Defizit betrug 424 Mio. und war damit um nicht weniger als 680 Mio. weniger hoch als im Voranschlag vorausgesagt. Nur der Umstand, dass auch die Ausgaben höher waren, verhinderte, dass im zweiten, aufeinanderfolgenden Jahr auf Grund ganz besonderer, günstiger Umstände eine fast ausgeglichene Jahresrechnung präsentiert werden konnte. Es handelt sich indessen lediglich um ein Zwischenhoch; eine nochmalige Wiederholung dieser besonderen Konstellation gilt nunmehr als ausgeschlossen. Das Bundesbudget 1983 rechnet mit einem Defizit von 955 Mio. Ohne energische Korrekturen im Zuge der Sanierungsbestrebungen würde das Bundesdefizit bis in einigen Jahren die Schwelle von 2 Milliarden überschreiten.

* * *

Zwei spektakuläre Ereignisse sind zu signalisieren, welche als eigentliche Sensationen bezeichnet werden können. Vom 6. bis 9. September hielten vier Polen nach einem überraschenden Coup die polnische Botschaft in Bern besetzt. Die Affäre konnte nach einigen Tagen durch das geschickte Vorgehen der Berner Polizei mit Festnahme der vier Täter ohne Blutvergiessen beendet werden. Die Motive der Beteiligten sind nicht ganz klar geworden, haben sie doch zunächst politische Absichten zu erkennen gegeben, nachher aber Lösegeld und freies Geleit in ein anderes Land gefordert.

Die zweite, grosse Sensation des Jahres war die Schliessung des Nachrichtenbüros der sowjetischen Agentur Novosti in Bern am 29. April. Die Bundesanwaltschaft hatte dem Bundesrat Ende 1982 einen sorgfältig dokumentierten Bericht über eine grosse Zahl von heimlichen Tätigkeiten des Residenten von Novosti und seiner zwei schweizerischen Angestellten überreicht, woraus eine nicht statthafte Einmischung einer ausländischen Macht in innenpolitische Angelegenheiten der Schweiz hervorging. Unter anderem hatte die Sowjetunion über diesen Kanal auf die Friedensbewegung und namentlich auf Organisa-



Botschaftsbesetzung und Geiselnahme in Bern
Dramatische Tage in der polnischen Botschaft in Bern: vier Exilpolen halten das Gebäude unter Anteilnahme der ganzen Weltöffentlichkeit während Tagen besetzt. Mit einem Trick gelingt es der Berner Polizei, die Geiselnahme unblutig zu beenden.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

Offizieller Staatsbesuch in der Schweiz
Mitte August stattete der deutsche Bundespräsident Karl Carstens unserem Land einen offiziellen Besuch ab. Unser Bild zeigt ihn in Begleitung von Bundespräsident Fritz Honegger beim Abschreiten der Ehrenkompanie nach der Ankunft in Bern.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

tion und Verlauf von öffentlichen Demonstrationen in der Schweiz starken Einfluss ausgeübt. Der Chef des Novosti-Büros wurde ausgewiesen; gegen seine beiden der PdA angehörenden Helfershelfer schweizerischer Nationalität wurde keine Strafklage erhoben, weil die betreffenden Sachverhalte, die in den Bereich der hintergründigen psychologischen Kriegführung gehören, nach dem geltenden Recht offenbar keine strafbaren Tatbestände erfüllen. Von Bedeutung ist, dass diese längst geahnten ausländischen Machenschaften in der neutralen Schweiz nunmehr entlarvt worden sind!

* * *

In der Berichtsperiode kam es zu zwei offiziellen Staatsbesuchen. Der deutsche Bundespräsident Karl Carstens wurde am 16. August in Bern empfangen. Das Besuchsprogramm umfasste drei Tage. In der Zeit vom 14. bis 16. April weilte auch der französische Staatspräsident François Mitterrand als offizieller Gast der Landesregierung in der Schweiz. Dem letzteren Besuch kam insofern besondere Bedeutung zu, als es erst das zweitemal ist, dass aus unserem westlichen Nachbarland ein «Président de la République» der Schweiz einen Staatsbesuch abgestattet hat. Anderseits sind schon mehrere deutsche Bundespräsidenten seit dem Bestehen der BRD in Bern offiziell empfangen worden.

Ausser diesen beiden Empfängen mit einem «grossen Bahnhof» erfolgten noch einige andere Besuche, die weniger auffällig über die Bühne gegangen sind. So trafen zwei Bundesräte am 15. Juni in Genf mit Papst Johannes Paul II. zusammen, der den internationalen Organisationen dort einen Besuch abstattete. (Der angekündigte, offizielle Besuch des Papstes ist wegen der Folgen des Attentats auf den Papst in Rom aufgeschoben worden, soll aber demnächst nachgeholt werden.) Ein wegen des pendenten Traktandums eines schweizerischen UNO-Beitritts wichtiger Besuch war derjenige von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, der am 6. Juli vom Bundesrat in Bern empfangen wurde. Erwähnenswert ist schliesslich noch der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush, der auf einer Tournée durch die westeuropäischen Hauptstädte auch in Bern seine Aufwartung machte.

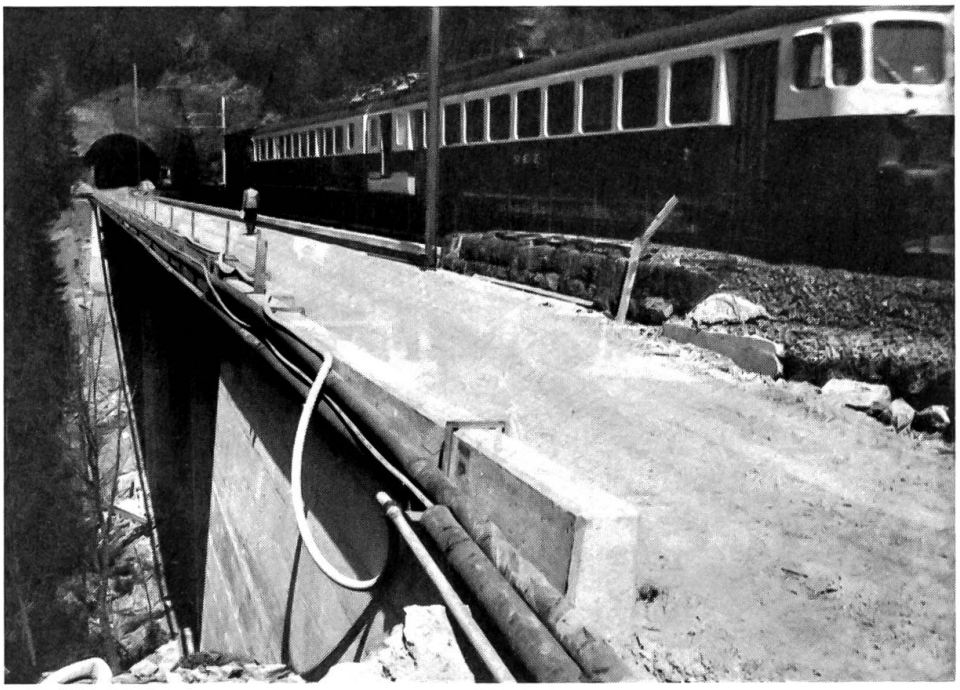
* * *

Zum Schluss richten wir unseren Blick noch auf den *Kanton Bern.* Hier fand am 6. Juni eine Volksabstimmung über den Übergang des Schuljahresbeginns vom Frühjahr auf den

Spätsommer statt. Dieser wurde – wie übrigens auch im Kanton Zürich – vom Souverän deutlich abgelehnt: 153 000 Berner Stimmbürger optierten dagegen, nur 85 000 dafür. Beim gleichen Urnengang wurde eine von der SP lancierte Initiative, die sich auf die Freihaltung von See- und Flussufern bezog, angenommen. Auf Grund dieses Volksentscheids wird der Kanton Bern als erster sehr weitgehende Vorschriften betreffend den freien Zugang zu See- und Flussufern erlassen. Am gleichen Abstimmungstag sind Erneuerungsbauten am Regionalspital Thun gebilligt worden. Am 26. September kamen zwei Gesetzesinitiativen, die sich auf die Forderung «Uni für alle» und auf eine Schulreform bezogen, zur Abstimmung. Beide von der Linken empfohlene Vorlagen wurden klar abgelehnt. Hingegen wurde der Volksbeschluss über den Neubau des Krankenheims für das Asyl Gottesgnad in Steffisburg klar angenommen. Am 28. November schliesslich lehnte der Berner Souverän Änderungen des Gesetzes über die Universität, die organisatorische Verbesserungen hätten bringen sollen, mit relativ knappem Mehr ab.

Der Grosse Rat hielt am 7./8. Juni in der neuen Legislaturperiode seine konstituierende Sitzung ab. Die Zahl der Grossräte beträgt nun, nachdem die durch den Abgang der jurassischen Sitze frei gewordenen Mandate in den Wahlen vom 25. April 1982 innerhalb der neuen Grenzen des Kantons Bern neu besetzt worden sind, der Verfassung entsprechend wieder 200. Ausser den üblichen Sessionen musste in diesem Jahr seit längerer Zeit wieder einmal wegen Überlastung des Parlaments eine Sondersession abgehalten werden; diese ist auf den 15. Dezember angesetzt worden.

Im Kanton Bern sind einige Verkehrsfragen aktuell. Die Kontroverse um den Rawil-Durchstich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Nationalstrassennetzes ist inzwischen eher am Abflauen. Dieses Projekt, das vor allem im direkt betroffenen Simmental auf ziemlich einhellige Opposition gestossen ist, erscheint heute als so gut wie abgeschrieben. Der Grosse Rat hat sich in der Septembersession dagegen ausgesprochen; und auch der Regierungsrat setzte sich inzwischen etwas davon ab. Selbst auf der Walliser Seite kann ein Umdenken festgestellt werden, dass nämlich die geringen Vorteile dieser Verbindung die hohen Kosten kaum rechtfertigen. Wegen der Aufgabe des Rawil-Projekts könnte indessen ein Alpendurchstich am Lötschberg attraktiver erscheinen. Diese Eventualität hat prompt bereits jetzt die Opposition des Kandertals auf



Ausbau der BLS auf Doppelspur
Unser Bild zeigt den Ausbau der Brücke über den Sarenbach im Abschnitt Felsenburg–Kandersteg.
Photo Fritz Lörtscher, Bern

den Plan gerufen. Man wehrt sich dort gegen jede Entwicklung, die den heutigen, wegen des Verladeverkehrs der BLS durch den Lötschberg bereits starken Durchgangsverkehr noch vermehren würde.

Eine zweite Auseinandersetzung im Zusammenhang mit Verkehrsprojekten betrifft die Streckenführung der in Aussicht genommenen neuen Haupttransversale (NHT) der Bundesbahnen. Deren Bau wäre im bernischen Teil des Mittellands mit beträchtlichen Kulturlandverlusten verbunden. Dagegen hat sich im Berichtsjahr vor allem im Oberaargau und im unteren Emmental beträchtlicher Widerstand geregt. Schliesslich ist noch im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Minimalausbau des Flugplatzes Belpmoos, zu welchem der Grosse Rat in der November-Session sein Plazet erteilt hat, das Zustandekommen eines von der SP lancierten Referendums zu erwähnen. Diese Frage wird somit nun einer Volksabstimmung überantwortet.

* * *

Trotz Schneetreibens viele sachkundige Besucher an einer Pferdeversteigerung der EMPFA (Eidg. Militärpferdeanstalt) in Bern. Photo Hansueli Trachsel, Bern

Gut vorangekommen ist im Berichtsjahr die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Kanton Jura. Anlässlich der Dreierkonferenz vom 23. September konnte ein weiteres Paket von Konkordaten unterzeichnet werden. Diese betrafen das mobile Vermögen der Staatsverwaltung, die öffentlichen Forderungen und transitorischen Positionen in der Bilanz sowie die liquiden Mittel im Zeitpunkt der Kantonsgründung. Weitere Regelungen betrafen den Anteil der Staatsschuld, der dem neuen Kanton überbürdet wird, die AHV-Ausgleichskasse und die Familienausgleichskasse des Kantons Bern. Alle Konkordate müssen von beiden Kantonsparlamenten genehmigt werden; doch wird diese Finalisierung erst vorgenommen, wenn alle wichtigen Konkordate über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung unterzeichnet sind.

Die Beziehungen zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Jura sind – mit Ausnahme des politischen Seilziehens um die beiden mit ihrer Kantonszugehörigkeit nicht einverstandenen Gemeinden Vellerat und Ederswiler – auf dem Wege der Normalisierung weit vorangekommen. In Vellerat ist es zu etwas ausgefallenen Manifestationen gekommen, wobei sich diese Gemeinde demonstrativ als «freie Gemeinde» deklarierte; nach der bestehenden Verfassungslage ist dies freilich eine Geste ohne jede rechtliche Bedeutung. Umgekehrt will die Gemeinde Ederswiler, die einzige deutschsprachige Gemeinde des Kantons Jura, zum Kanton Bern zurückkehren.

Was schliesslich den Berner Jura anbelangt, so beginnen sich die in

einem Gesetz von 1978 verankerten besonderen Mitwirkungsrechte politisch günstig auszuwirken. Die «Fédération des communes du Jura bernois» hat ca. 100 Stellungnahmen in Fragen abgegeben, welche den französischsprachigen Kantonsteil betreffen. Vom 3. bis 12. September fand in Reconvilier das «Fest der jurassischen Gemeinden» statt, das in der Presse als eine «Visitenkarte des Berner Jura» bezeichnet worden ist. Diese Veranstaltung rückte von der bisher üblichen Polemik gegenüber dem Separatismus wohltuend ab. In dieser Hinsicht muss allerdings registriert werden, dass in den Gemeindewahlen von Moutier die Separatisten mit 21 von 41 Sitzen knapp die Mehrheit gewonnen haben. Die diesbezüglichen Schwierigkeiten im Berner Jura sind noch keineswegs eine Sache der Vergangenheit.

Sonnenenergie für die Autos der Zukunft?
Dieses erste mit Solarzellen betriebene Elektroauto wurde in Bern vorgeführt.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

Der Kanton Bern blieb in der Berichtsperiode von schweren Unglücksfällen und grossen schädigenden Naturereignissen glücklicherweise so gut wie ganz verschont. Die in Bern im Frühjahr 1983 wieder im üblichen Rahmen durchgeführte BEA war ein grosser Erfolg. Es konnte diesmal allerdings keine Grossvieh-Ausstellung bewilligt werden; dies als Vorsichtsmassnahme im Hinblick auf die sogenannte Buchstaben-Seuche, welche sporadisch in Ställen im bernischen Kantonsgebiet aufgetreten ist. *Hans Rudolf Böckli*

VERGNÜGTER ALLTAG

Pferd hört mit

Ein Pferdefuhrwerk war auf der Landstrasse unterwegs. Ein Radfahrer holte das Fuhrwerk ein. «Was hast du denn auf dem Wagen?» fragte der Radfahrer den Bauern auf dem Fuhrwerk, den er gut kannte. «Hafer», flüsterte der Bauer. «Warum sagst du das denn so leise?» fragte der Radfahrer erstaunt. «Damit es die Pferde nicht hören.»

Corpus delicti

Erna will sich scheiden lassen, geht zum Anwalt. «Schlägt Ihr Mann Sie denn?» – «Nein, schlagen tut er mich nicht.» – «Trinkt er?» – «Nein trinken tut er auch nicht.» – «Und wie ist's denn mit der ehelichen Treue?» – «Ja, Herr Fürsprecher, da können wir ihn glatt kleinkriegen. Das letzte Kind ist nämlich nicht von ihm!»